



Liebe Leserinnen und Leser,

die Diskussion zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 und damit auch von Interreg hat bereits begonnen. Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat sich im September für eine Stärkung der territorialen Dimension in der Kohäsionspolitik 2028–2034 ausgesprochen und dafür, dass Interreg fortgeführt wird. Wie wichtig Interreg-Projekte für den europäischen Austausch und die ergebnisorientierte Zusammenarbeit sind, zeigen auch die Projekte, die wir Ihnen in dieser Ausgabe vorstellen. Das Projekt „COBEN“ will beispielsweise die lokale Energieversorgung durch Energiegemeinschaften stärken und so die Energiewende voranbringen (Seite 2–3). Auf den Seiten 6–7 stellen wir Ihnen drei weitere Interreg-Projekte vor: „IB-Green“ für klimaangepasste Gewerbegebiete in Nordwesteuropa, „Caring Communities“ für die Verbesserung der häuslichen Pflege im Donauraum und „GreenTeam“ für eine bessere Governance in der Planung von Maßnahmen zum Klimaschutz im Nordseeraum. Sie wurden neu genehmigt und erhalten eine Kofinanzierung aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit.

Im Interview spricht Giacomo Luciani von der Europäischen Kommission über die Ausrichtung des Interreg-Programms für Nordwesteuropa. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen Klima, Energie und Umwelt (Seite 4–5). Zu guter Letzt stellen wir Ihnen auf Seite 8 die neuen Kontaktstellen für den Ostseeraum und Mitteleuropa vor.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Interreg-Team im BBSR: Brigitte Ahlke, Christina Bredella, Jens Kurnol und Sina Redlich

Inhalt

Projektreportage Interreg B: COBEN	2–3
Im Gespräch: Giacomo Luciani (Europäische Kommission)	4–5
Bundesprogramm: Kofinanzierungszusage für drei neue Interreg B-Projekte	6–7
Aktuelles: Neue Gesichter in den Nationalen Kontaktstellen	8



Abonnieren Sie unseren Newsletter für aktuelle Infos, Termine, Calls und Veranstaltungen



COBEN

Das Interreg B-Projekt „COBEN“ will die kommunale Energiewende voranbringen und den Übergang zu erneuerbaren Energien fördern. Dazu sollen die Wertschöpfungsketten im Energiebereich von klassischen zentralisierten Versorgungsunternehmen auf Unternehmen in kommunalem Besitz verlagert werden und so den Gemeinden einen echten Nutzen bringen. Durch die Mobilisierung von lokalen Energiepotenzialen in Gemeinden der Nordseeregion konnten im Rahmen des Projekts erfolgreich Energiegemeinschaften als Hauptakteur der Energiewende etabliert werden.



Nordseeraum



Oktober 2016 bis September 2022



Energie und Klimawandel



Universität Oldenburg



<https://northsearegion.eu/coben/>

Bürgerveranstaltung zu Windpark-Pilotprojekten in Belgien © COBEN

Die Energiewende lokal gestalten

Gemeinden und deren Bürgerinnen und Bürger sind eine wichtige Triebkraft für den Übergang zu nachhaltigen Energiekreisläufen. Unter Bürgerenergie („Civic Energy“) versteht man dezentrale Lösungen mit erneuerbaren Energien, die mehrheitlich im Besitz von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern, lokalen Initiativen, Landwirten oder Nichtregierungsorganisationen sind. Die Energiebereitstellung vor Ort hat viele Vorteile, wie etwa reduzierte Energiekosten oder die Schaffung eines lokalen Mehrwerts. Dennoch spielt die kommunale Energieversorgung auf dem Energiemarkt bislang nur eine untergeordnete Rolle. Das möchte das Interreg-Projekt COBEN („Delivering the Benefits of Civic Energy“) ändern. Die Projektpartner setzten sich dafür ein, die Chancen lokaler und regionaler Energieversorgung im Nordseeraum mehr ins Bewusstsein zu bringen und mit lokalen Pilotprojekten übertragbare Lösungen für andere Kommunen zu erarbeiten.

Intensives Testen und Netzwerken in den Pilotphasen

Konventionelle Energieunternehmen und ihre Infrastruktur dominieren in Europa die nationalen und regionalen Energiewertschöpfungsketten. Mit unterschiedlichen lokalen Maßnahmen arbeitete COBEN an der Umgestaltung der Energieerzeugung in ländlichen und städtischen Räumen. Die Universität Oldenburg koordinierte das Vorhaben. Gemeinsam mit Part-

nern aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen zielte das Projekt darauf ab, die bestehenden Versorgungsstrukturen in sechs europäischen Nordseeregionen (Pilotkommunen) aufzubrechen und lokale Energiestrukturen wettbewerbsfähig zu machen.

Energiepotenziale aufspüren und mobilisieren

In der ersten Projektphase untersuchte COBEN die lokalen Energiewertschöpfungsketten, um vorhandene Energiepotenziale in den teilnehmenden Regionen zu identifizieren und sie zu mobilisieren. Je nach Region und den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen können sich diese stark voneinander unterscheiden. So setzen manche Kommunen auf klimafreundliche Solarenergie, die von lokalen Bündnissen genossenschaftlich betrieben wird. Gewinne werden entsprechend geteilt. Andere Gemeinden konzentrieren sich auf eine stärkere Vernetzung kleinerer nachhaltiger Energieproduzenten – das können auch Privatpersonen sein – und potenzieller Abnehmer. Dadurch entsteht ein dichtes, lokales Netzwerk von Anbietern und Konsumenten. Auf diese Weise können sich die Kommunen von den großen Stromversorgern unabhängig machen. Gleichzeitig tragen sie mit ihren individuellen und umweltschonenden Lösungen aktiv dazu bei, die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen.

Etablierung von Energiegemeinschaften

Im Ergebnis konnten durch die Mobilisierung des lokalen Energiepotenzials in den Pilotkommunen erfolgreich Energiegemeinschaften als Hauptakteur der Energiewende etabliert werden. Die Projektpartner haben verschiedene Geschäftsmodelle für Energiegemeinschaften entwickelt und getestet, die als wegweisende Basis für den weiteren Ausbau von „Civic Energy“ dienen können und somit die Verlagerung der Energiewertschöpfungsketten von zentralisierten Strukturen hin zu den Gemeinden vorantreiben können. Aufbauend auf den Erfahrungen wurde als Endprodukt der transnationalen Zusammenarbeit der „Civic Energy Informer“ (<https://coben.org/informer/>) entwickelt: Er fasst alle Erfahrungen und Ergebnisse des COBEN-Projekts auf Grundlage des „Civic Energy Cycle“ zusammen und dient als Hilfsmittel für andere Akteure und Gemeinden, die die kommunale Energiewende angehen wollen.

Individuelle Lösungen auf lokaler Ebene

In der Pilotkommune Venne im Landkreis Osnabrück wird beispielsweise auf die Wiederverwertung von Abwärme gesetzt, um Energie einzusparen. Dabei hat der Projektpartner Landkreis Osnabrück sogenannte „Hotspots“ für Abwärme identifiziert. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, bei denen Abwärme



Veranstaltung zu erneuerbaren Energielösungen in der Landwirtschaft in Viken (Norwegen) © COBEN

anfällt, die in der näheren Umgebung anders genutzt werden kann. So wird in Venne das Nahwärmenetz durch die Abwärme einer Waffelfabrik gespeist und an Haushalte und Fabriken im Umkreis wieder abgegeben. Das Konzept fördert nicht nur den Klimaschutz; auch ökonomisch lohnt sich die Weiterverwendung des „Abfallprodukts“. Sie ist günstiger als neu erzeugte fossile Energie und schafft durch die lokale verbleibende Wertschöpfungskette Arbeitsplätze vor Ort. Als Ergebnis des Pilotprojekts hat der Landkreis gemeinsam mit der Fachhochschule Osnabrück das Online-Tool „PINA – Planungstool Industrielle Abwärme“ zur Ermittlung industrieller Abwärme und zum Abgleich dieser Informationen mit Wärmequellen in der Umgebung veröffentlicht. Das Tool bildet Geodaten in Kombination mit statistischen Daten zum Wärmebedarf und individuellen Daten von Industrieunternehmen im Landkreis Osnabrück ab.

Wirtschaftswachstum klimaneutral gestalten

Indem sie nachhaltige, übertragbare Lösungen erarbeiteten, setzen die Pilotkommunen über die Projektlaufzeit hinaus Maßstäbe für den Umbau der Energiesysteme in Europa. Als Multiplikatoren tragen sie zu einem Wirtschaftswachstum bei, das auf sauberer Energie basiert. Sie schaffen Anreize für andere Kommunen, lokale Versorgungsketten zu stärken.



Antonia Krebs
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Oldenburg,
Projektkoordinatorin COBEN

„Allzu oft ist lokaler Widerstand eines der größten Hindernisse für den Ausbau von erneuerbaren Energien, da lokale Gemeinden nur selten selbst einen Nutzen daraus ziehen können und folglich keinen Mehrwert darin sehen. COBEN hat gezeigt, wie die Kommunen und somit die Menschen vor Ort von den Ergebnissen des Energiewandels profitieren, und die Energiewende selbst vorantreiben können.“

Giacomo Luciani von der Europäischen Kommission über das Interreg B-Programm für Nordwesteuropa



Interview mit Giacomo Luciani, Europäische Kommission (DG Regio)

Giacomo Luciani berichtet als Ansprechpartner für das Interreg-Programm Nordwesteuropa über Erwartungen und Herausforderungen in dem Programmraum.

„Das Programm kann vor allem zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals beitragen.“

Was sind die Erwartungen der Europäischen Kommission an die Umsetzung des Interreg-Programms für Nordwesteuropa in der Förderperiode 2021–2027?

Wir erwarten, dass das Programm sein ganzes Potenzial ausschöpfen kann, um zur Umsetzung der Prioritäten der Europäischen Union im Programmraum Nordwesteuropa beizutragen und die Umsetzung sogar zu beschleunigen.

Das Programm kann vor allem zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals beitragen, da die Schwerpunkte auf den Themen Klima, Energie und Umwelt liegen. Mehr als 60 Prozent der Fördermittel sind für das politische Ziel 2 für ein umweltfreundlicheres Europa vorgesehen. Darüber hinaus trägt das Programm mit 35 Prozent der Programmmittel zu den EU-Klimazielen bei, 14 Prozent werden für den Erhalt der biologischen Vielfalt ausgegeben.

Zusätzlich zu diesen programmbezogenen Elementen können die nordwesteuropäischen Akteure zuverlässige Partnerschaften aufbauen, da sie über viele Jahrzehnte hinweg umfangreiche Erfahrungen darin gesammelt haben, die Wirtschaft nachhaltiger und ressourceneffizienter zu gestalten und nachteilige Auswirkungen auf Umwelt und Klima zu verringern. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Nordwesteuropa über eine lange Tradition bei der Entwicklung innovativer, technologischer und sozialer Lösungen zur Bewältigung von Entwicklungsproblemen verfügt.

Solche Beiträge zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals vor Ort sind besonders wichtig, da laut der räumlichen Analyse für Nordwesteuropa das Naturkapital in Form von Biodiversität, klarem Wasser, Boden und Luft in vielen Gebieten Nordwesteuropas gefährdet ist und die Auswirkungen des Klimawandels dringende Herausforderungen mit sich bringen.

Welche Herausforderungen ergeben sich bei der Umsetzung des Programms?

Wie im Programm 2021–2027 beschrieben, hat das Nordwesteuropaprogramm in früheren Förderperioden vielfältige Lösungen zur Bewältigung lokaler und regionaler Herausforderungen entwickelt. Jedoch wurden Synergien mit anderen EU-finanzierten Programmen, insbesondere für Maßnahmen im Programmgebiet Nordwesteuropa, häufig nicht effektiv genutzt. Daher könnte dies auch für den Zeitraum 2021–2027 eine potenzielle Herausforderung darstellen, insbesondere im Hinblick auf Synergien mit den Förderprogrammen der Gemeinsamen Agrarpolitik, da mehrere der bisher eingereichten Projekte auch den Agrarsektor betreffen.

Eine solide Grundlage zur Bewältigung dieser Herausforderungen bietet die räumliche Analyse zur Vorbereitung des Programms, in der eine Reihe von Komplementaritäten und potenziellen Synergien mit anderen Programmen und Förderarten für den Zeitraum 2021–2027 ermittelt wurden. Komplementaritäten und Synergien mit anderen Förderarten werden unterstützt und bei der Umsetzung weiterverfolgt.

Darüber hinaus könnte ausgehend von den Erfahrungen mit einigen der bisher eingereichten Projekte auch die fehlende Dimension der transnationalen Zusammenarbeit in Projektanträgen (z. B. eine klare Verknüpfung zwischen Pilotprojekten) eine Herausforderung darstellen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung dieser Herausforderung ist jedoch, dass der partnerschaftliche und kooperative Grundgedanke des Projekts ein Schlüsselkriterium für die Projektauswahl ist. Darüber hinaus sind sich die Programmbehörden der Bedeutung der transnationalen Dimension der Zusammenarbeit bewusst, die eine „Daseinsberechtigung“ für die Interreg B-Programme darstellt.

Was sind die wichtigsten Unterschiede des Programms zur vergangenen Programmperiode?

Zunächst einmal unterscheidet sich der geografische Geltungsbereich des Programms 2021–2027 vom Programm 2014–2020 darin, dass das Vereinigte Königreich nicht mehr teilnimmt und weitere Regionen aus Deutschland und den Niederlanden hinzugekommen sind. Die Änderung könnte sich auf einige Partnerschaften auswirken, die in der Vergangenheit im Rahmen des Programms aufgebaut wurden und die in einigen Fällen seit Jahren zusammenarbeiten und sich gut kennen.

Zweitens gibt es eine veränderte thematische Ausrichtung. Einerseits weisen beide Programme eine starke Umweltdimension auf. Andererseits konzentrierte sich das Programm 2014–2020 stärker auf Innovation, während das Programm 2021–2027 stärker auf Inklusion und Soziales ausgerichtet ist.

Das Programm 2021–2027 trägt zu einem effektiveren, inklusiveren und besser qualifizierten Arbeitsmarkt bei. Es unterstützt benachteiligte Gruppen und fördert zugängliche, inklusive, innovative und widerstandsfähige Gesundheitssysteme, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus trägt es zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Inklusion und der sozialen Innovation bei und stärkt gleichzeitig die Rolle der Kultur und des nachhaltigen Tourismus. Dies ist besonders wichtig, da die räumliche Analyse Nordwesteuropas zeigt, dass nach wie vor räumliche Herausforderungen und Ungleichheiten bestehen und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Beschäftigung nicht in gleichem Maße gegeben ist. So leiden einige Gebiete immer noch unter den Auswirkungen des Strukturwandels, während andere mit einer schrumpfenden Bevölkerung aufgrund von Alterung und Jugendmigration zu kämpfen haben.

Was erhoffen Sie sich persönlich für die Zukunft des Programms Nordwesteuropa?

Ich hoffe, dass das Programm die oben genannten Potenziale für die Umsetzung der Prioritäten der Europäischen Union und insbesondere des europäischen Grünen Deals voll ausschöpfen kann. Die Hoffnung ist berechtigt, da sich das Programm bereits als äußerst relevant für die Umsetzung des europäischen Grünen Deals in Nordwesteuropa erwiesen hat. Es hat die Umsetzung und Erprobung von Maßnahmen zur Be-



Das Projekt GROOF will durch intelligente Kombination von Gebäude und Gewächshaus die CO₂-Emissionen senken © Feerga - stock.adobe.com

schleunigung des grünen Wandels ermöglicht, die auf höherer (EU-Ebene) oder niedrigerer (nationaler/regionaler/lokaler) Ebene nicht machbar oder viel schwieriger wären.

Es hat sich gezeigt, dass wichtige Merkmale des Programms, wie die sektorübergreifende Zusammenarbeit, die Einbindung verschiedener Akteure und die wirksame Nutzung eines ortsbezogenen Ansatzes zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals beitragen können, indem die Prioritäten des europäischen Grünen Deals auf die spezifischen Bedürfnisse des Programmraums zugeschnitten werden. Dies gilt zum Beispiel für das Interreg-Projekt GROOF (Greenhouses to Reduce CO₂ on Roofs), einem innovativen, sektorübergreifenden Ansatz zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Bau- und Agrarsektor, bei dem Energy Sharing mit lokaler Nahrungsmittelproduktion kombiniert wird. Das Projekt wurde für seinen herausragenden Beitrag zu nachhaltigen Energielösungen mit dem Energy Globe Award ausgezeichnet.

Darüber hinaus können in der aktuellen Programmperiode Instrumente wie Kleinprojekte die Beteiligung neuer Akteure an Projektpartnerschaften erleichtern, die bei der Antragstellung für größere klassische Projekte, z. B. aufgrund begrenzter Verwaltungskapazitäten, schwieriger wäre. Dies könnte zur Vergrößerung der nordwesteuropäischen Community beitragen, zumal die Einbindung einer größeren Anzahl von Akteuren in die Programmumsetzung für die Realisierung des europäischen Grünen Deals von entscheidender Bedeutung ist.

Weitere Informationen

<https://www.nweurope.eu/>

Kofinanzierungszusagen für drei neue Interreg B-Projekte für ein grünes und gerechtes Europa

Mit dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit unterstützt das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) ausgewählte transnationale Projekte von besonderem Bundesinteresse, die einen nachhaltigen Beitrag zur Raumentwicklung leisten. Im Rahmen der sogenannten Kofinanzierung wird der nationale Eigenanteil bezuschusst, den Projektpartner bei Interreg-Projekten leisten müssen. Nachfolgend drei neu genehmigte Kofinanzierungsvorhaben im Überblick.



Verbesserung der häuslichen Pflege © Gerhard Seybert - stock.adobe.com

1 Caring Communities: „Sorgende Gemeinschaften“ im Donauraum

Die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen im häuslichen Umfeld ist eine territoriale Herausforderung im gesamten Donauraum. Dabei ist insbesondere ein Gefälle zwischen Stadt und Land zu beobachten, denn im ländlichen Raum besteht ein besonderer Notstand. Um die großen Probleme bei der Versorgung der Pflegebedürftigen heute und in Zukunft zu lösen, benötigen Städte, Kommunen und Gemeinden Unterstützungs- und Kooperationsstrukturen. Hier setzt das Projekt „Caring Communities“ („Sorgende Gemeinschaften“) an. Es zielt darauf ab, Kapazitäten und interregionale Kooperationsstrukturen verschiedener öffentlicher und privater Akteure im Donauraum aufzubauen, um transformative Veränderungen im Bereich der häuslichen Pflege herbeizuführen. Die Lebensqualität der Pflegebedürftigen soll sich dadurch verbessern und Disparitäten in der Versorgung zwischen Stadt und ländlichen Gebieten reduziert werden. Zu diesem Zweck entwickeln die Projektpartner aus neun Ländern des Donauraums unter der Federführung der Diakonie Baden gemeinsam verschiedene Arten von Unterstützungsprogrammen und Aktivitäten, die im Projekt pilotiert und getestet werden:

- Im **Governance- und Systeminnovationsprogramm** bearbeiten gemischte Projektteams Systemprobleme, die eine qualitative und effektive Erbringung von Dienstleistungen verhindern (z. B. fehlende Refinanzierungssysteme für ambulante Pflege).

- In **regionalen Innovations- und Kapazitätsaufbauprogrammen** werden innovative Lösungen für die ambulante Versorgung begleitet, um sie zu verbessern und zu skalieren (z. B. digitale Anwendungen oder soziale Dienste).
- Im **Transnationalen Innovationsprogramm** erarbeiten transnationale Teams in Grenzregionen neue oder adaptieren bestehende innovative Lösungen (z. B. grenzüberschreitende ambulante Dienste).

Für einen Fachaustausch über Ländergrenzen hinweg und die politische Zusammenarbeit von ländlichen und städtischen Akteuren wird außerdem eine neue Donau-Plattform realisiert. Sie schafft Räume für den Austausch von Projektergebnissen und für gegenseitiges Lernen im Bereich der häuslichen Pflege. Die Aktivitäten des Projekts werden durch ein akademisches Team wissenschaftlich bewertet, verglichen und validiert. Das Team erarbeitet auch konkrete Handlungsempfehlungen für Praxis und Politik.

Das Projekt stärkt somit institutionelle Kapazitäten für territoriale und makroregionale Governance im Bereich der Daseinsvorsorge und leistet einen Beitrag zur Umsetzung der europäischen Territorialen Agenda im Rahmen des Ziels ein „gerechtes Europa“.



Zusammenarbeit für mehr Klimaschutz © Charlie's - stock.adobe.com

2 GreenTeam: verbesserte Governance für Klimaschutz im Nordseeraum

Kommunen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, bis 2050 klimaresilient zu werden und Maßnahmen zum Klimaschutz abgestimmt umzusetzen. Sie sind für die Gestaltung und Instandhaltung des öffentlichen Raums zuständig. Ihre Teams arbeiten unter anderem an der Straßeninfrastruktur, den Abwassersystemen und der Grünflächengestaltung. Alle sind Experten auf ihrem Gebiet, haben aber kaum Kenntnisse über Klimaanpassung und arbeiten nicht oder nur begrenzt zwischen den verschiedenen Abteilungen zusammen:

Straßen werden für Kanalisationsarbeiten geöffnet und wieder geschlossen, obwohl es vielleicht Möglichkeiten für klimaresiliente Maßnahmen wie Versickerung oder Begrünung gegeben hätte. Auf diese Weise werden „Quick Wins“ und Synergien vernachlässigt und finanzielle Mittel, die an anderer Stelle benötigt werden, gehen verloren, weil nicht proaktiv gehandelt wird und wenig Kommunikation oder Zusammenarbeit innerhalb und zwischen lokalen Behörden und Interessensgruppen stattfindet.

Ziel des Interreg B-Projekts „GreenTeam“ ist es daher, Kommunen und Regionen eine Methodik an die Hand zu geben, mit der sie die Klimaanpassung in ihre Verwaltungsmechanismen integrieren und besser zusammenarbeiten können. Das Projekt sieht folgende Arbeitsschritte vor:

- **Aufbau von „GreenTeams“:** Aufbau und Etablierung einer abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit unter dem Motto „GreenTeam“, um das Bewusstsein für Klimaanpassung, die Zusammenarbeit und das Handeln innerhalb der Organisation zu fördern.
- **Aufbau einer kommunalen Investitionsplanung:** Integration der Klimaanpassung in die tägliche Arbeit der Kommunen durch Identifizierung von „Quick Wins“ in der mehrjährigen öffentlichen Investitionsplanung und durch Verbesserung der öffentlichen Beschaffungsmechanismen.
- **Aufbau eines sektorübergreifenden Lernnetzwerks:** Förderung des Austauschs von Wissen und guten Beispielen zwischen öffentlichen Behörden, Planenden und Nutzenden.

Das Projektkonsortium besteht aus neun Institutionen aus drei Ländern des Nordseeraums (Deutschland, Belgien und den Niederlanden). In den beteiligten Regionen arbeiten regionale und lokale Behörden in Projektteams zusammen, um jeweils zwei „GreenTeams“ in ihrer Region einzurichten, in denen die entwickelten Methoden getestet werden. Der Landkreis Emsland beteiligt sich als deutsche Region an dem Projektvorhaben und die Sozialforschungsstelle der Technischen Universität Dortmund begleitet die Etablierung der „GreenTeams“.

Mit „GreenTeam“ werden Regionen und Kommunen dabei unterstützt, dauerhafte Strukturen zu schaffen, um Maßnahmen zur Klimaanpassung in die räumliche Planung und Investitionsplanung aufzunehmen und damit die Daseinsvorsorge zu stärken und Klimaanpassungsmaßnahmen in Städten und Regionen nachhaltig umzusetzen.



Versiegeltes Gewerbegebiet in Singen © Seegraphie - stock.adobe.com

3 IB-Green: klimaangepasste und zukunftsfähige Industrie- und Gewerbegebiete in Nordwesteuropa

Das Interreg-Projekt IB-Green befasst sich mit der Frage, wie bestehende Industrie- und Gewerbegebiete in Nordwesteuropa an die Folgen der Klimakrise angepasst werden können. Das Ziel ist es, den Hitzestress durch grün-blaue Infrastrukturen zu verringern und so zu gesünderen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie geringeren klimatischen und wirtschaftlichen Risiken für Unternehmen und Kommunen beizutragen.

In Nordwesteuropa nehmen Industrie- und Gewerbegebiete 15–20 Prozent der Siedlungsfläche ein. Da sie größtenteils versiegelt sind, tragen sie zur Erhöhung der Hitzebelastung in urbanen Gebieten bei. Lokale Begrünungs- und Anpassungskonzepte werden zunehmend für Wohngebiete und Innenstädte entwickelt und umgesetzt, aber kaum für Industrie- und Gewerbegebiete. Hindernisse sind mangelnde Kenntnisse, komplexe Anforderungen und die notwendige Einbeziehung von Unternehmen. IB-Green wird erprobte Lösungen zur Anpassung an den Klimawandel aus Wohn- und Mischquartieren an die Bedürfnisse von Industrie- und Gewerbegebieten anpassen und mit innovativen Ansätzen zur Aktivierung privater Eigentümer verbinden. Das Klima-Bündnis leitet das Projekt, an dem elf Institutionen aus sechs Ländern in Nordwesteuropa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Luxemburg und den Niederlanden) gemeinsam an dieser Herausforderung arbeiten.

In Deutschland werden die Projektpartner – das Klima-Bündnis, das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, der Wissenschaftsladen Bonn und die Stadt Singen (Hohentwiel) – ihre Expertise im Bereich Klimaanpassung bündeln und ihre Netzwerke aus Kommunen, Fachbehörden und Unternehmen nutzen, um Akteure zu beraten, zu motivieren und zu aktivieren, die Klimaresilienz durch die Implementierung von grün-blauer Infrastruktur in bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten zu erhöhen. Außerdem werden regionale Schulungsmaßnahmen für Kommunen, Handelskammern, Unternehmen und Betreiber von Gewerbegebieten durchgeführt. Die Stadt Singen möchte als Pilotaktion den ältesten Teil ihres Industriegebiets auf nachhaltige Weise umgestalten und die versiegelten Flächen reduzieren.

► **Weitere Informationen:** <https://ib-green.nweurope.eu/>

Neue Gesichter in den Nationalen Kontaktstellen

Johanna Kamin
Nationale Kontaktstelle Ostseeraum

Johanna Kamin studierte Europastudien und Internationale Beziehungen in Bremen und Dresden. Für europäische Zusammenhänge interessiert sie sich schon lange und ist seit mehreren Jahren engagiertes Mitglied der Jungen Europäischen Föderalistinnen und Föderalisten. Mehrere Jahre Berufserfahrung im Bereich europäischer Förderprogramme konnte sie als Jugendbildungsreferentin für einen Jugendverband sammeln, wo sie für ein ERASMUS-Projekt zu Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements junger Menschen mitverantwortlich war. Seit August 2023 hat sie im Referat für Ostseeangelegenheiten des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz in Kiel die Aufgaben der Nationalen Kontaktstelle des Interreg-Ostseeprogramms übernommen und ist dort Ansprechpartnerin für Projektakteure aus den norddeutschen Bundesländern und insbesondere für solche, die es noch werden wollen.



Johanna Kamin
Nationale Kontaktstelle für das
Interreg B-Programm für den
Ostseeraum

„Ich freue mich über meine neuen Aufgaben als Nationale Kontaktstelle für das Interregprogramm für den Ostseeraum, da es für mich als Küstenkind die perfekte Möglichkeit ist, meine Begeisterung für europäische Zusammenarbeit mit meiner Liebe zur Ostseeregion zu verbinden. Die Zusammenarbeit mit einer Vielfalt an unterschiedlichsten Akteuren spielt dabei eine wichtige Rolle.“

Berit Edlich
Nationale Kontaktstelle Mitteleuropa

Berit Edlich startete nach ihrem Diplom in Geografie mit einem Interreg-Projekt zur nachhaltigen Stadtentwicklung und arbeitete anschließend das erste Mal in der Nationalen Kontaktstelle für das Mitteleuropa-Programm. Nach Lehr- und Forschungsaufenthalten an der Universität Basel und der Universität Nijmegen wirkte sie in den letzten zehn Jahren im Forschungs- und Transfermanagement der TU Dresden. Im November 2023 begann sie in der Funktion der Nationalen Kontaktstelle für das Mitteleuropa-Programm am Sächsischen Ministerium für Regionalentwicklung. In einer Übergangsphase wirkt Berit Edlich gemeinsam mit Bernd Diehl in dieser Funktion, was die Möglichkeit eröffnet, langjährig angesammeltes Wissen und Erfahrungen weiterzugeben. Als Nationale Kontaktstelle ist es die Aufgabe (potenzielle) Projektpartner zu beraten, Netzwerke zu pflegen und den Vertretern von Bund und Ländern zu zuarbeiten.



Berit Edlich
Nationale Kontaktstelle für das
Interreg B-Programm für
Mitteleuropa

„Die Vielfalt von Natur und Kultur und die lange gemeinsame, aber auch getrennte Geschichte Mitteleuropas macht die Zusammenarbeit im Programm, vor allem in den Projekten, spannend. Vor dem Hintergrund aktueller sowie bevorstehender gesellschaftlicher und technisch getriebener Veränderungen, mit denen die Regionen, Städte und Kommunen umgehen müssen, freue ich mich, diese im Rahmen von Interreg zu begleiten.“



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Im Rahmen der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ der europäischen Strukturpolitik – besser bekannt unter dem Programmtitel Interreg B – fördert die Europäische Union die transnationale Zusammenarbeit in staatenübergreifenden Kooperationsräumen mit dem Ziel einer integrierten räumlichen Entwicklung.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung informiert die Fachöffentlichkeit und befördert den Ergebnistransfer, organisiert den bundesweiten Austausch, vertritt den Bund in Lenkungsausschüssen und unterstützt im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Projekte von besonderem Bundesinteresse im Rahmen des „Bundesprogramms Transnationale Zusammenarbeit“.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) | Deichmanns Aue 31-37 | 53179 Bonn

Ansprechpartnerin: BBSR | Referat RS 3 | Europäische Stadt- und Raumentwicklung | Brigitte Ahlke | interreg@bbr.bund.de | www.bbsr.bund.de | www.interreg.de

Redaktion & Gestaltung: CONVIS Consult & Marketing GmbH | Auerbachstraße 10 | 14193 Berlin

Druck: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bezugsquelle: beatrix.thul@bbr.bund.de | Stichwort: Interreg Journal

Bildnachweis: Titelbild: weyo - stock.adobe.com | Seite 2 und 3: © COBEN | Seite 4: © Giacomo Luciani | Seite 5: Feerga - stock.adobe.com | Seite 6: Gerhard Seybert - stock.adobe.com; unten: Charlie's - stock.adobe.com | Seite 7: Seographie - stock.adobe.com | Seite 8: © Johanna Kamin, Berit Edlich

Nachdruck und Vervielfältigung: Alle Rechte vorbehalten | Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.